

# Sanktionierte Wissenschaft

## US-Universitäten auf der Suche nach Antworten

| PHILIPP MELLER | **Über ein Jahr nach Donald Trumps Amtsantritt ist aus dem Stresstest für die US-amerikanische Wissenschaft Ernst geworden. Weshalb die offensive Politik so wirkungsvoll ist und wie Universitäten durch gesellschaftlichen Rückhalt wehrhafter werden können: ein Blick an die Westküste zur University of California.**

Die Sonne strahlt am Himmel, die Eichhörnchen hüpfen und der Strawberry Creek plätschert friedlich die Berkeley Hills herunter. Alles wie immer an Kaliforniens Spitzenuniversität? Auf den ersten Blick scheint das so. Die University of California, Berkeley (UC Berkeley) wurde jüngst zur besten öffentlichen Hochschule des Landes gewählt und steht weltweit auf Platz eins im Pitchbook Entrepreneurship Ranking. Mit John Clarke (Physik) und Omar Yaghi (Chemie) konnte sie Ende 2025 zwei weitere Professoren in der stolzen Reihe ihrer inzwischen 63 Nobelpreisträgerinnen und Nobelpreisträger ergänzen.

Auf den zweiten Blick ziehen jedoch dunkle Wolken auf: Im ganzen Land sehen sich Hochschulen seit nunmehr einem Jahr mit Mittelkürzungen, Loyalitätsforderungen und Provokationen aus Washington konfrontiert, die die Wissenschaft mit voller Wucht treffen und dabei auch Schwachstellen der Vergangenheit offenlegen.

### AUTOR



Foto: privat

Dr. Philipp Meller ist Referent im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg und forschte 2025/26 an der UC Berkeley.

### Angriffe zeichnen sich ab

Die Vorstöße kommen keineswegs aus dem Nichts. Die als „Project 2025“ bekannt gewordene Denkschrift „Mandate for Leadership“ der Heritage Foundation beschrieb schon 2023, wie der „totalitarian cult“ eines „Great Awokening“ Amerikas moralische Grundlage gefährde und schlug im Bildungssektor zahlreiche Reformen als Gegenmaßnahme vor. Vor drei Jahren brachte Donald Trump seine Vorstellung selbst auf den Punkt: „The days of subsidizing communist indoctrination in our colleges will soon be over.“ Wenige Wochen vor der Wahl 2024 prophezeite die Wissenschaftlerin Carrie Baker im Magazin *Washington Monthly*: „If the Trump-Vance ticket wins, higher education as we know it may be no more.“ Doch was heißt das genau? Was bedeuten die Maßnahmen jenseits der grundsätzlichen Fragen zur Wissenschaftsfreiheit konkret für die Finanzierung von Forschung und die Architektur der Hochschullandschaft?

Anfang Oktober 2025 veröffentlichte Bildungsministerin Linda McMahon mit dem „Compact for Academic Excellence in Higher Education“ eine Art Angebot der Regierung zur Zusammenarbeit, das sich zunächst an neun ausgewählte Universitäten richtete und später für alle Hochschulen im Land geöffnet wurde. Es fordert in Anlehnung an ein Urteil des Obersten Gerichtshofs von 2023, dass Universitäten in ihrer Aufnahmepraxis ungeachtet struktureller Benachteiligungen keine Merkmale mehr wie ethnische Herkunft beachten dürfen.

Gleichzeitig sollen dem Regierungsvorschlag zufolge etwa an Universitäten die Begriffe *woman* und *man* ausschließlich entsprechend der Fortpflanzungsfunktion definiert und institutionelle Einheiten abgeschafft werden, die gezielt konservative Ideen bestrafen würden. Im Gegenzug solle den Universitäten der Zugang zu Forschungsgeldern und Studienkrediten sowie eine bevorzugte Behandlung im Steuerrecht weiter offenstehen. Andernfalls drohe der Entzug dieser Privilegien, was die Universitäten bis ins Mark treffen würde.

### Wie Universitäten verletztbar wurden

Ähnlich wie in Deutschland stehen die öffentlichen Hochschulen in den USA unter Aufsicht der Bundesstaaten. Seit den 1990er-Jahren verzeichnen viele von ihnen einen deutlichen Rückgang der Grundfinanzierung. Die *state general funds* für die University of California, zu der auch die UC Berkeley gehört, belaufen sich heute beispielsweise nur noch auf 9,1 Prozent des Gesamtetats von etwa 53,6 Milliarden US-Dollar. Binnen zwanzig Jahren sank der Anteil bundesstaatlicher Mittel an den Gesamtkosten pro Studentin beziehungsweise Student von 75 Prozent auf unter 50 Prozent.

Mit der abnehmenden Grundfinanzierung suchte man an den Hochschulen neue Einnahmequellen. Neben Philanthropie und Industriepartnerschaften setzten sie verstärkt auch auf Drittmittel der bundesweiten Förderorganisationen wie den National Institutes of Health (NIH) oder der National Science Foundation (NSF). Diese Mittel machten mit der Zeit einen immer größeren Anteil der Hochschulbudgets aus und dienten mancherorts auch zur Querfinanzierung

grundständiger Aufgaben. Auf diese Weise wuchs eine Abhängigkeit, die die Forschungsförderung heute zu einem wichtigen politischen Hebel macht.

Nach Ansicht der Trump-Regierung soll von dieser Förderung nur profitieren, wer sich den Wertevorstellungen des Weißen Hauses anschließt. Zusätzlich könnte sich der Wettbewerb weiter verschärfen, nachdem eine pauschale Kürzung der Mittel in Höhe von 40 Prozent angekündigt wurde. 11,6 Milliarden US-Dollar könnten dadurch allein die NIH verlieren. Statt 18 Prozent im Jahr 2024 könnten dann nur noch 3,7 Prozent der Förderanträge bewilligt werden. Vorerst ist der Senat dem Vorschlag der Regierung allerdings nicht gefolgt.

Gleichzeitig fordert der Compact, Studiengebühren einzufrieren, teilweise zu erstatten und unter bestimmten Voraussetzungen gar ganz abzuschaffen. Die Anzahl internationaler Studierender soll auf maximal 15 Prozent begrenzt werden. Um einen fairen Hochschulzugang geht es jedoch nur am Rande. Vielmehr werden erneut Fehlentwicklungen der letzten Jahre genutzt, um Universitäten den Zugang zu neuen Ressourcen zu erschweren. Denn im Zuge der finanziellen Krise

wurden von den Universitäten auch die Studiengebühren angehoben. Vor allem die Kosten für Studierende, die nicht aus dem eigenen Bundesstaat stammen, sind gestiegen. So belaufen sich die Gebühren an der UC Berkeley aktuell etwa auf knapp 17 500 US-Dollar pro Studienjahr für *in-states* und auf über 55 000 US-Dollar für *nonresidents*.

---

### »Binnen zwanzig Jahren sank der Anteil bundesstaatlicher Mittel an den Gesamtkosten pro Studentin beziehungsweise Student auf unter 50 Prozent.«

Das Werben um Studierende aus dem Ausland spülte frisches Geld in die leeren Kassen der Universitäten und brachte die internationale Reputation voran, sorgte zugleich aber auch für Kritik an einer Kommerzialisierung und strukturellen Exklusivität von Hochschulbildung.

#### Systematisches Vorgehen

Das Vorgehen der Bundesregierung ist dabei mehr als nur ein Drohszenario: Visa-Bestimmungen für ausländische Studierende wurden bereits verschärft, die Forschungsagenturen enger an das Weiße Haus gebunden und einzelne

Hochschulen mit Bußgeldern bedroht. Häufig geht es dabei um den Vorwurf von Versäumnissen im Kampf gegen Antisemitismus, während andererseits die Programme zur Stärkung von Diversität und Inklusion an den Pranger gestellt werden. Am Standort Los Angeles steht die University of California so vor einer Geldbuße in Höhe von bis zu 1,2 Milliarden US-Dollar. In einem anderen Verfahren droht der UC Berkeley der Verlust von Bundesmitteln.

Die Liste der Maßnahmen reicht bis in die Steuerpolitik. Statt des einheitlichen Steuersatzes von 1,4 Prozent, der unter Trump 2018 auf Stiftungserträge der allerreichsten, meist privaten, Universitäten eingeführt wurde, werden heute bis zu acht Prozent fällig. Immer wieder gab es auch hier Kritik, dass gerade die Elitteinrichtungen wie diejenigen der Ivy League durch große Spenden und Erträge reicher und reicher werden, während die Mehrheit der Colleges und Universitäten solche Einnahmen gar nicht erst erzielen kann und oft vor sinkenden Mitteln steht.

Laut John Aubrey Douglass, Research Professor of Public Policy and Higher Education an der UC Berkeley,

behauptet die Trump-Administration, dass die Besteuerung der privaten Universitäten zur Finanzierung von Berufsbildungsprogrammen beitrage. Es gibt jedoch keine Klarheit darüber, wie dies funktionieren könnte. „Bei der Steuerregelung von Stiftungsvermögen geht es mehr darum, renommierte Universitäten weiter zu sanktionieren, als um einen kohärenten politischen Ansatz. Es ist eine von vielen Initiativen, die darauf abzielen, das finanzielle Ökosystem der führenden Forschungsuniversitäten zu untergraben“, so Douglass.

### Suche nach Auswegen

An den Hochschulen hat man den Ernst der Lage erkannt. Teilweise konnten sie vor Gericht erwirken, dass Maßnahmen ausgesetzt werden. Große Organisationen wie die Association of American Universities (AAU) erhalten von ihren Mitgliedern Rekordbeträge, um politischen Einfluss auf die Legislative in Washington auszuüben, während sich konkreter Widerstand als Graswurzelbewegung in übergreifenden Initiativen wie Stand Together for Higher Ed oder Stand up for Science formiert. Andere Kampagnen nutzen die Situation, um neben dem aktuellen Protest auch grundsätzliche Missstände anzuprangern.

Zum „Compact for Academic Excellence in Higher Education“ haben bundesweit lediglich drei Hochschulen ihre Zustimmung signalisiert, keine davon aus Kalifornien. Der demokratische Gouverneur Gavin Newsom, der sich klar vor die University of California stellt, warnte Einrichtungen in seinem Bundesstaat gar, mit einer Zustimmung das eigene State Funding zu riskieren. Doch der Handlungsspielraum ist gering. Der im Januar vorgestellte Haushaltsentwurf Kaliforniens plant zwar wieder eine moderate Erhöhung der Mittel für Hochschulen in den kommenden Jahren, doch angesichts der aktuellen Herausforderungen bedarf es grundlegenderer Anstrengungen.

Im State Senate in Sacramento arbeitet man daher derzeit an einem Gesetz, das es dem Bundesstaat künftig erlaubt, über Staatsanleihen selbst Forschungsmittel von bis zu 23 Milliarden US-Dollar zu vergeben. Als Vorlage dient ein Programm zur Stammzellenforschung,

das 2004 als Reaktion auf Kürzungen der Bush-Administration ins Leben gerufen wurde. Mit Gründung dieser neuen California Foundation for Science and Health Research könnten wichtige Forschungsprojekte am Leben gehalten werden, was auch über die Wissenschaft hinaus von enormer Bedeutung ist: So arbeiten über eine halbe Million Beschäftigte auf den zehn Campi der University of California. 82 Milliarden US-Dollar werden hier jedes Jahr an wirtschaftlicher Aktivität generiert und durchschnittlich fünf Erfindungen pro Tag angemeldet. Der hohe Stellenwert, den die Spitzenforschung für den Bundesstaat besitzt, ist auch daran zu erkennen, dass der milliarden schwere Vorschlag überparteilich eingebracht wurde. Sollte die Legislative zustimmen, entscheidet im November die kalifornische Bevölkerung.

---

»Dort, wo Hochschulen derart sichtbar und verankert sind wie die University of California, treffen sie oft auf breite Unterstützung.«

### Hochschulen brauchen Fürsprecher

Zwar zeigt sich gerade in den USA die enorme Spaltung der Gesellschaft, wenn es um das Vertrauen in die Wissenschaft geht. Doch dort, wo Hochschulen derart sichtbar und verankert sind wie die University of California, treffen sie oft auf breite Unterstützung. Im Sommer 2025 gaben etwa 71 Prozent der kalifornischen Wahlbevölkerung an, dass die Universität wertvolle Forschung leiste, die auch den Communitys zugutekomme. Gewiss, die wachsende Rolle von Wissenschaft durch Knowledge Transfer, Beratungsleistungen, Citizen Science und ko-kreativer Forschung hinterlässt Eindruck. Doch es ist vor allem die individuelle Bindung, auf die man in den USA heute stärker angewiesen ist denn je. Jahrzehnte vor Deutschland haben hier zunächst private, bald aber auch öffentliche Einrichtungen damit begonnen, die Verbindung zu ihren Stakeholdern gezielt zu stärken.

An der UC Berkeley schuf man auf diese Weise ein Ökosystem, das Kooperationen mit Industrie, Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft genauso einschließt wie die Ansiedlung staatlicher und privater Forschungseinrichtungen. Das Rückgrat bilden die eigenen Alumni.

### Investition in Identifikation

Bereits in der Orientierungswoche zu Studienbeginn wird von Studierenden eine Identifikation mit ihrer Hochschule aufgebaut, die sich über den College Sport, studentisches Engagement bis zu denkwürdigen Graduierfeiern und Jubiläumsklassen fortschreibt. Diese Bindungskraft schlägt sich auch formal nieder: Alumni haben heute einen Sitz im mächtigen Kuratorium der University of California, sind Mitglied im Auswahlkomitee künftiger Kanzlerinnen und Kanzler und beraten in zahlreichen Gremien die Weiterentwicklung einzelner Departments.

Gründerinnen und Gründer siedeln Start-ups im Umfeld ihrer Alma Mater an und Absolventinnen und Absolventen kehren für Mentorships oder Gastprofessuren regelmäßig auf den Campus zurück. Als Multiplikatoren bauen sie das soziale, aber auch ökonomische Kapital der Universität aus: 2024 erzielte die UC Berkeley mit ihrer letzten Spendenkampagne ein Rekordergebnis in Höhe von sieben Milliarden US-Dollar. Ein Jahr später veröffentlichte Universitätspräsident James B. Milliken eine neue Kampagne. Angesichts der aktuellen Lage geht es jetzt ums Ganze, das Motto diesmal: „Stand up for UC!“

Beziehungen zu Alumni können und dürfen strukturelle Engpässe nicht ausgleichen. Ein staatliches Wissenschaftssystem, in dem Forschungsuniversitäten eine Grundfinanzierung von unter zehn Prozent aufweisen, ist höchst vulnerabel. Steigende Studiengebühren verfestigen eine gefährliche Exklusivität. Gleichzeitig ist der Aufbau eines breiten Ökosystems, das über den eigenen Campus hinausgeht, teuer und oft nur schwer skalierbar. Doch wer sich um die Widerstandsfähigkeit der Wissenschaft sorgt, sollte auch in Deutschland dringend das soziale Kapital stärker in den Blick nehmen.

Die Investition in eine erweiterte Hochschulgemeinschaft ist mehr als reine Marketingstrategie. Sie verortet die Universität in der Mitte der Gesellschaft, stärkt ihre institutionelle Resilienz und kann sich in der Zukunft als echte Risikoversicherung herausstellen. Unter dem blauen Himmel der amerikanischen Westküste wird dies nun zu beweisen sein.